

Praxislogo, Praxisstempel o. ä.	<div style="text-align: right;"> Informationsblatt zum Hilfeplanverfahren und zur Kostenträgerschaft Dokument 2.2.3 </div>
---------------------------------	--

Bei Erziehungsproblemen haben Leistungsberechtigte, in der Regel die Eltern, Anspruch auf Hilfe zur Erziehung (§ 27 SGB VIII).

Bei (drohender) seelischer Behinderung haben Kinder und Jugendliche Anspruch auf Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII).

Zu den Leistungen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe gehört die Psychotherapie für Kinder und Jugendliche.

Ein Antrag auf Psychotherapie nach dem KJHG ist beim zuständigen Jugendamt zu stellen.

Die psychotherapeutische Hilfe erfolgt auf Basis der Hilfeplanung (§ 36 SGB VIII). Die Ausgestaltung der Leistung richtet sich nach dem konkreten Bedarf im Einzelfall. Umfang, Dauer und Ziele der Leistung werden im Rahmen der Hilfeplanung festgelegt.

Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfe ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte zu treffen. Dazu gehören das Jugendamt, der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes, die Schulpsychologische Beratungsstelle des Schulamtes, die Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Jugendamtes, Fachkliniken, niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater, niedergelassene Psychologische Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendtherapeuten. Der Hilfeplan als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe soll im Zusammenwirken dieser Fachkräfte mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind/Jugendlichen bzw. dem jungen Volljährigen aufgestellt werden.

Die Personenberechtigten und das Kind oder der/die Jugendliche sind vor ihrer Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des/der Jugendlichen hinzuweisen.

Leistungserbringer sind approbierte Psychologische Psychotherapeuten oder approbierte Kinder- und Jugendtherapeuten oder freie Träger der Jugendhilfe, die einen Trägervertrag mit dem Berliner Senat abgeschlossen haben.

Leistungsberechtigte haben in Bezug auf die unterschiedlichen Leistungserbringer ein Wunsch- und Wahlrecht (§ 5 SGB VIII). Sie haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfen zu äußern. Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden.

Die Leistungsberechtigten werden über ihre Rechte informiert.

Dokumentenname:	2.2.3 Dok Informationsblatt zum Hilfeplanverfahren und zur Kostenträgerschaft (V 0)	Seite 1 von 1
Erstellt und Freigegeben:	<i>Name</i>	<i>Datum</i>